

Antrag 172/II/2018**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Stoppt das Morden auf den Philippinen! Solidarität mit Akbayan Youth und Akbayan Citizens Action Party**

1 Wir unterstützen den friedlichen Widerstand der Sozial-
2 demokrat*innen auf den Philippinen.

3

4 Am 18. September 2018 war Justine Balane, internationa-
5 ler Sekretär von Akbayan Youth und IUSY Vice-President
6 for Asia Pacific, zu Gast bei den Jusos Steglitz-Zehlendorf.
7 Justine informierte über die aufkommende Diktatur auf
8 den Philippinen und den mutigen Kampf unser Genoss*in-
9 nen für Demokratie und Menschenrechte. Die Berich-
10 te sind schockierend und verlangen nach sofortiger und
11 praktischer Solidarität mit unseren Genoss*innen.

12

13 Der Präsident der Philippinen, Rodrigo Duterte, hat seit
14 seiner Wahl 2016 das Land auf einen autokratischen Kurs
15 geführt. Durch die Hand von Polizei und Mörderbanden
16 haben bereits mehr als 20.000 Menschen, welche ver-
17 meintlich in Kontakt mit Drogen waren, ihr Leben ver-
18 loren. Dass Duterte dort nicht haltmachen wird, hat er
19 schnell klargestellt. Aktivist*innen werden mit dem To-
20 de bedroht und Kritiker*innen durch staatliche Willkür
21 mundtot gemacht. Ausländische Aktivist*innen werden
22 ausgewiesen oder schon an der Grenze abgewiesen und
23 die Presse wird systematisch unterdrückt. Die Vereinten
24 Nationen, die Europäische Union und zahlreiche Men-
25 schenrechtsorganisationen werden beschimpft und in Ih-
26 rer Arbeit behindert, sodass Duterte das Land immer wei-
27 ter von außen isoliert.

28

29 Wenn Oppositionelle – wegen ihrer politischen Arbeit –
30 ihrer Freiheit beraubt werden, dürfen wir nicht schwei-
31 gen. Wenn die Schwächsten in einer Gesellschaft von der
32 Polizei drangsaliert und getötet werden, dürfen wir nicht
33 wegschauen. Wenn unsere Genoss*innen in ihrer politi-
34 schen Arbeit und im Alltag massiv unterdrückt werden,
35 dann müssen wir uns mit ihnen solidarisieren.

36

37 Wir stehen solidarisch an der Seite unser Genoss*innen
38 und verurteilen die Morde und die Unterdrückung aller
39 demokratischen Kräfte auf den Philippinen. Unter dem
40 Stichwort „Stop the Killings!“ wollen wir auf einem Grup-
41 penfoto und einer Resolution unsere Solidarität bekun-
42 den. Weiterhin wollen wir konkret Handeln und einen
43 Austausch mit Akbayan Youth organisieren. Duterte re-
44 agiert empfindlich auf internationale Aufmerksamkeit,
45 sodass wir dieses Instrument nutzen können um nachhal-
46 tig Licht auf die Verbrechen der aktuellen Regierung zu
47 werfen.

48

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

(LPT II/2018: Überwiesen an FA I - Internationale Politik,
Frieden und Entwicklung)

Stoppt das Morden auf den Philippinen! Solidarität mit dem friedlichen Widerstand von Demokrat*innen auf den Philippinen! 1. Unterstützung durch die Bundesregierung

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
rung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefor-
dert, dem philippinischen Präsidenten und der gegenwär-
tigen philippinischen Regierung mit geeigneten bilate-
ralen und multilateralen diplomatischen Schritten sowie
Initiativen in internationalen Organisationen und ande-
ren geeigneten Mitteln ihre Missbilligung von außerge-
richtlichen Hinrichtungen, summarischen Tötungen und
anderen schweren Menschenrechts-verletzungen gegen
mutmaßliche Drogenkriminelle sowie Angriffen auf Jour-
nalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen zum
Ausdruck zu bringen und auf eine Änderung dieser Politik
hinzuwirken. In diesem Zusammenhang sollte auch ver-
sucht werden, durch Einforderung von menschenrecht-
lichen Standards beim Abschluss und der Umsetzung
von bilateralen und multilateralen Handelsabkommen,
Handelspräferenzregimen und Vereinbarungen zur Ent-
wicklungszusammenarbeit eine Verbesserung der Men-
schenrechtslage auf den Philippinen zu erreichen. Wei-
terhin sind alle von Deutschland ausgehenden Maßnah-
men kritisch zu überprüfen, die geeignet sind, die Fähig-
keiten der philippinischen Regierung zur Gewaltanwen-
dung in der Anti-Drogen-Kampagne sowie bei Repressi-
onsmaßnahmen gegen die politische Opposition und ziv-
ilgesellschaftliche Gruppen zu stärken, insbesondere die
Lieferung von Rüstungsgütern, Polizeiausrüstung, die Ge-
währung von Polizeihilfe und die Lieferung von Überwa-
chungssoftware durch deutsche Firmen.

Im Gegenzug sind alle geeigneten Anstrengungen zu un-
terstützen, sichere analoge und digitale Kommunikati-
onswege für die internationale Verbreitung unabhängiger
Informationen aus den Philippinen und den Aus-
tausch von Regierungskritiker*innen, Menschenrechts-
verteidiger*innen, Parteien, Gewerkschaften und zivil-
gesellschaftlichen Organisationen mit Kommunikations-
partner*innen im Ausland herzustellen und aufrechtzuer-
halten.

Regierungsmitglieder und Bundestagsfraktion werden
weiterhin aufgefordert, sich mit allen geeigneten und ver-
fügbaren Mitteln, etwa auch durch Beteiligung Deutsch-

49 Es ist unsere Pflicht unseren Genoss*innen solidarisch bei-
 50 zustehen, wenn die Existenz der Sozialdemokratie und da-
 51 mit auch die Demokratie auf den Philippinen gewaltsam
 52 bedroht wird. Das Morden und die gewaltsame Unterdrü-
 53 ckung politischer Gegner*innen muss ein Ende haben.

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

lands an Wahlbeobachtungsmissionen, dafür einzusetzen, dass die bevorstehenden Wahlen zum philippinischen Senat unter freien und fairen Bedingungen stattfinden können und insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit und die Chancengleichheit aller zur Wahl antretenden demokratischen Gruppierungen gewahrt bleiben.

2. Unterstützung durch die SPD

Unabhängig von diesen von Regierungsseite verantworteten Maßnahmen unterstützt die SPD die friedlichen demokratischen Gruppierungen auf den Philippinen in ihrer politischen Auseinandersetzung mit dem Duterte-Regime mit folgenden Maßnahmen:

- Verurteilung von außergerichtlichen Tötungen und anderen Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen
- Förderung der politischen Bildung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen
- Unterstützung einer kontinuierlichen Überprüfung der Menschenrechtssituation auf den Philippinen durch die UN und andere internationale Menschenrechtsorganisationen
- Unterstützung von politischen Flüchtlingen im Fall einer Verschärfung der politischen Repressionen gegen Oppositionelle auf den Philippinen

Der SPD-Parteivorstand prüft, ob die Akbayan Citizens' Action Party, die sich zu sozialdemokratischen Zielsetzungen bekennt, als Partnerorganisation internationaler Zusammenschlüsse von Sozialdemokrat*innen wie der Progressive Alliance oder der Sozialistischen Internationale anerkannt und entsprechend unterstützt werden kann, ohne den Tatbestand verbotener Wahlkampfhilfe zu erfüllen.

Begründung:

Der Präsident der Philippinen, Rodrigo Duterte, hat seit seiner Wahl 2016 das Land auf einen autokratischen Kurs geführt. Durch die Hand von Polizei und Todesschwadronen haben bereits 20.000 Menschen, welche vermeintlich in Kontakt mit Drogen waren, ihr Leben verloren. Die Repressionen und Willkürmaßnahmen des Regimes zielen inzwischen aber auch auf Oppositionelle und Kritiker*innen der Politik des Präsidenten, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen. Die Pressefreiheit wird systematisch unterdrückt, ausländische Aktivist*innen ausgewiesen. Die Vereinten Nationen und die EU werden für das Einfordern rechtsstaatlicher, demokratischer und menschenrechtlicher Standards beschimpft, zahlreiche Menschenrechtsorganisationen an ihrer Arbeit gehindert.

Die Schaffung von internationaler Aufmerksamkeit für die

102
103
104
105
106
107
108
109

Situation auf den Philippinen und die Erhaltung der verbleibenden Spielräume von Gruppierungen der demokratischen Opposition, insbesondere bei Wahlen zu den parlamentarischen Vertretungen Senat, Repräsentantenhaus und kommunalen Parlamenten, gehören zu den wenigen verbleibenden Möglichkeiten, der sich immer stärker entfaltenden Willkürherrschaft des Duterte-Regimes Grenzen zu setzen.